

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 25

Von 15.Juni bis 21.Juni 2024

Seefeld: Start für kritisiertes Projekt

Seit Jahren planen die Betreiber am Camp-Alpin-Areal in Seefeld ein Hotel- und Camping-Großprojekt als Investorenmodell. Nun erfolgte der Spatenstich.

Seefeld – Wo einst 6000 Quadratmeter Wald standen, ist der Boden umgegraben, die Bagger sind aufgefahren. Auf dem Camping-Areal gegenüber dem Birkenlift in Seefeld, dem ehemaligen „Camp Alpin“, kommt bautechnisch gerade einiges in Gang. Wie berichtet, soll binnen drei Jahren ein umstrittenes Großprojekt als Investorenmodell errichtet werden: das „Seefeld Village“. Mit einem Hotelneubau von fast 500 Betten und

einem angrenzenden Campingbereich wird Platz für 750 Gäste geschaffen. Zu den Hotleinrichtungen gehören drei Tiefgaragen, ein Hallen- und Freibad, ein Waschsalon, ein Shop, ein Sportgeschäft, ein Spielbereich und ein Bar-Restaurant.

Seit 2018 bemühen sich Loek Beuker, Geschäftsführer der Seefeld Village GmbH, und sein Projektleiter Eric Kroon um die Umsetzung, 13-mal musste das Projekt an Forde-

rungen des Gemeinderates angepasst werden. „Seit Ende 2023 haben wir eine rechtskonforme Baugenehmigung“, erklärt Beuker beim Spatenstich. „Es war ein Projekt mit vielen Herausforderungen“, gibt er zu.

Vor allem aber war und ist es ein Projekt mit viel Kritik, denn es ist als Investorenmodell geplant: Anleger können die geplanten Apartments kaufen, überlassen sie dann aber wieder dem Hotelbetrieb zur Vermietung an Gäste und erzielen daraus Rendite. Die Auflagen untersagen eine Selbstbenützung, sonst wären es illegale Freizeitwohnsitze.

Markus Sint von der Liste Fritz, der das „Seefeld Village“ bereits mehrfach hinterfragt und kritisiert hatte, sieht dahinter Augenauswischerei. „Aus unserer Sicht ist und bleibt es das falsche Modell, die Hintertür für illegale Freizeitwohnsitze bleibt“, ist er überzeugt. Außerdem handle es sich um ein „Monsterprojekt“, das den Touristikern am Plateau früher oder später Probleme bereiten werde. „Das wird zu einer Zerfleischung von Mitarbeitern und Gästen führen“, glaubt der Landtagsabgeordnete.

Die Seefelder Bürgermeisterin Andrea Neuner stellt sich hingegen hinter den geplanten Großbau: „Ich glaube, dass das ein riesiger Mehrwert für Seefeld sein wird. Camper sind gute Gäste. Das wird überall im Ort von Vorteil sein.“ (*rena*)



Das Miniatur-Modell verdeutlicht, wie riesig die Anlage werden soll. Es wird auf rund 40.000 Quadratmetern gebaut.

Foto: Perktold



Fernpass-Pläne: Nach der Informationsveranstaltung in Nassereith findet am 28. Juni eine Protestaktion in Reutte statt.

1. Bürger-Warn-Versammlung

- Transitforum und Bürgerinitiative erhöhen den Druck auf die Fernpass-Pläne des Landes
- Neue Bahntrasse in Mils bei Imst soll mitten durch den Ort gehen – Liste Fritz will helfen

Die Transitforumsgruppe Xund's Leben an der B 179 und die Bürgerinitiative für ein lebenswertes Gurgltal erhöhen im Kampf gegen die Fernpass-Pläne den Druck auf die Tiroler Landesregierung. Am 28. Juni findet, wie **Fritz Gurgiser** gestern bekanntgab, die 1. Bürger-Warn-Versammlung in Reutte statt.

„Im Rahmen dieser Bürgerversammlung werden eine Reihe von Maßnahmen ohne Tunnelblick vorgeschlagen. Damit soll das seit mehr als 30 Jahren politisch herangeschlampte, vielfältige Belastungsproblem – wie gesetzlich gefordert – dauerhaft und nachhaltig für heutige und nächste Generationen so gelöst werden, wie es diese sensible, alpine Region braucht. Und zwar ohne die von der Landesregierung geplanten Beschleunigungs- und Belastungsmaßnahmen wie den Fernpassscheiteltunnel oder gar ein zweites Straßennetz im Ehrwalder Becken“, erläutert Gurgiser.

Die Veranstaltung findet am 28. Juni von 13 bis 17 Uhr beim Musikpavillon in Reutte statt. „Wir räumen nicht nur mit den 'Fear-Fakes' auf, sondern es wird natürlich auch ein nettes Rahmenprogramm für Jung und Alt geben“, sagt Gurgi-



MARKUS GASSLER

Tiroler Politik kurz notiert

ser. Weitere Versammlungen – auch auf der Straße – sind nicht ausgeschlossen!

Ebenfalls das Thema Verkehr war kürzlich in Mils bei Imst ein Thema – und zwar der Zugverkehr. Dort wird derzeit gerade der zweigleisige Bahnausbau diskutiert. „Die ÖBB-Planer und die schwarz-rote Tiroler Landesregierung lässt dort aber das nötige Fingerspitzengefühl vermissen“, kritisiert **Markus Sint**, Klubchef der Liste Fritz im Landtag. Einerseits wegen der Information der betroffenen Gemeinden und andererseits bei der Trassenführung! Daher machte Sint einen Lokalaugenschein mit seiner Bezirkssprecherin **Adeline Blümel** und dem Milser Bürgermeister **Bernhard Schöpf**.

Im Ort sorgt die ange-dachte Trassenvariante für

Foto: Liste Fritz



Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint (li.) und Bezirks-sprecherin Adeline Blümel beim Lokalaugenschein mit dem Milser BM Bernhard Schöpf.

einiges Kopfschütteln und offene Ablehnung. Der zweigleisige Bahnausbau soll nämlich nicht auf der bestehenden Zugtrasse südlich des Inns erfolgen, sondern die neue Trasse soll über den Inn mitten durch einen geschützten Landschaftsteil, mitten durch landwirtschaftlich genutzte grüne Wiesen und auch mitten durch das Dorf führen.

„Das wäre natürlich der Supergau für die Bevölkerung, die Landwirtschaft und den Naturschutz! Da redet die ganze Welt von Klimaschutz und davon, den Bodenfraß zu stoppen, und

dann so eine Trassenwahl! Ich wundere mich, warum die schwarz-rote Landesregierung dazu nicht umgehend und klar Nein sagt“, schüttelt Sint den Kopf. Wenn man ein an und für sich gutes Unterfangen mit Gewalt umbringen will, dann müsse man nur so weitermachen...

Das Tiroler Oberland inklusive Außerfern scheint derzeit alles andere als ein gutes Pflaster für die Landesregierung zu sein. Gleich wie am Fernpass agiert man nun auch in Imst gegen die Interessen der Bevölkerung. Warum eigentlich?

Wirtschaft zweifelt Studie an

Bau-Innungsmeister hält Halbierung des Wohnungsneubaus für nicht haltbar.

Innsbruck – Die von LHStv. Georg Dornauer (SP) vorgelegten Zwischenergebnisse der Tiroler Wohnbedarfsstudie ernten jetzt massive Kritik aus der Wirtschaftskammer. Denn dass wie in den präsentierten Zahlen über die kommenden zehn Jahre die Neubauleistung auf jährlich rund 3500 Einheiten nahezu halbiert werden solle, entspreche nicht den Erfordernissen. Bau-Innungsmeister Patrick Weber verweist dabei auf eine kammereigene Studie, wonach der Bedarf lediglich um 25 Prozent zurückgehen werde: „4800 Wohnungen pro Jahr brauchen wir schon.“ Zudem mahnt die Kammer von Dornauer Reformen bei der Wohnbauförderung ein. Die hierfür geltenden Rahmenbedingungen seien zu strikt und eng gefasst.

Auch an anderer Wohnfront steht Dornauer in der Kritik. Dessen Forderung nach einer Reform der Mietzinsbeihilfe (Anwartschaft ab dem ersten Tag) komme Tirol mit neun Mio. € teurer als kolportiert, so Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint. (*mami*)

Mietzinsbeihilfe: Mehrkosten kratzen an neun Millionen

Innsbruck – Im Herbst will LHStv. Georg Dornauer (SP) nicht nur das Endergebnis der Wohnbedarfsstudie vorlegen, sondern mit dem Gemeindeverband eine Einigung in Sachen Mietzinsbeihilfe erzielen. Sollte Letzteres nicht klappen, plant Dornauer den Alleingang. Lehnen die Gemeinden die SP-Forderung nach Ende der Beihilfen-Anwartschaft (bislang zwei Jahre Hauptwohnsitz) ab, dann plant Dornauer die Mehrkosten aus dem Landesbudget zu bezahlen. Und zwar auf Kosten der Wohnbaufördermittel. Laut derzeitiger Regelung übernimmt das Land 80 Prozent, die jeweilige Standortgemeinde 20 Pro-

zent der Mietzinsbeihilfemehrkosten. Wie berichtet, lehnt die VP die „Beihilfe ab dem 1. Tag“ ab.

Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint wirft nun Dornauer vor, diesbezüglich nicht alle Zahlen offen auf den Tisch zu legen.



Die Mietzinsbeihilfe ist mitunter ein Wohnungs-Öffner. imago/Scharinger

Dornauer hat die Finanzierungslücke für den Gemeindeanteil nämlich mit bis zu 2,5 Millionen Euro beziffert: „Das stimmt hinten und vorne nicht.“ Sint verweist auf einen Bericht der Abteilung Wohnbauförderung – also Dornauers Zuständigkeit –, welcher dem Landtag erst im Februar vorgelegt wurde. Demzufolge rechnet man landhausintern im Falle der Öffnung der Mietzinsbeihilfe mit Mehrkosten von in Summe 9,5 Mio. €: 1,4 Mio. € für die Stadt, 0,5 Mio. € für die Gemeinden und 7,6 Mio. € für das Land. „Die Mietzinsbeihilfe ist zu wichtig, um sie politisch zu missbrauchen“, warnt Sint den SP-Chef. *(mami)*

„Neue Stadtregierung kontrolliert sich selber“

Dass der Kontrollausschuss nicht vergrößert wurde, stößt Teilen der Innsbrucker Opposition sauer auf – ebenso die Wahl des Obmanns.

Innsbruck – Die Gremien stehen: Nach dem neuen Innsbrucker Gemeinderat haben sich nun auch alle – insgesamt zwölf – gemeinderätlichen Ausschüsse konstituiert, deren Vorsitzende wurden ebenfalls bereits gewählt.

Kritik der Opposition setzt es dabei in Sachen Kontrollausschuss: Bereits in der konstituierenden Gemeinderatssitzung im Mai hatte die Fraktion „Das Neue Innsbruck“ (Kurzbezeichnung: TURSKY) gemeinsam mit FPÖ und Liste Fritz den Antrag gestellt, die Ausschussgröße von sieben auf neun Mitglieder aufzustocken. Das wurde mehrheitlich abgelehnt – sehr zum Unmut von Stadtrat Markus Stoll (TURSKY): Er verweist darauf, dass der achte Sitz der FPÖ zugefallen wäre, der neunte der SPÖ. Beide hätten ihre (zweiten) Sitze dann abtreten können, so Stoll – womit auch die Oppositionsfractionen Liste Fritz und KPÖ im Kontrollgremium vertreten gewesen wären.

„Nähe zur Sirtaki-Koalition“

Die neue Stadtführung betone stets, „alle einbinden zu wollen“, meint Stoll, „hier kann von Transparenz aber keine Rede sein“. Jetzt kontrolliere sich die Dreierkoalition im Ausschuss „quasi selber“.

Zum Kontrollausschuss-Obmann wurde nun Mesut Onay von der Alternativen Liste Innsbruck (ALi) gewählt. Die Fraktion „JA – Jetzt Innsbruck“ von Bürgermeister Johannes Anzengruber hat Onay dafür einen Sitz abgetreten.

Stoll ortet bei Onay aber eine „Nähe“ zur neuen Dreierkoalition (JA, Grüne, SPÖ), er habe das Bild vom gemeinsamen Sirtaki bei der Wahlfeier im Treibhaus noch im Kopf. Dass auch Onays Liste gegen die Aufstockung auf neun Sitze gestimmt habe, bestätige diesen Eindruck, sagt Stoll.

Und den stellvertretenden Obmann im Ausschuss stelle mit Dominik Pittracher nun



Stadtrat Markus Stoll („Das Neue Innsbruck“, r.), hier mit Markus Lassenberger (FPÖ), sieht das Nein zu einer Aufstockung des Kontrollausschusses als Widerspruch zu Transparenz-Versprechen der Koalition. Foto: Liebi/TT



Foto: Böhm/TT

„Mir geht es um Transparenz und Aufarbeitung, ich schaue dabei nicht auf Links oder Rechts.“

Mesut Onay
(Kontrollausschuss-Vorsitzender)

gar die SPÖ als Teil der Dreierkoalition, ergänzt Stoll. Hintergrund ist aber, dass sowohl Andrea Dengg (FPÖ) als auch Stoll die Wahl zu Obmann-Stellvertretern abgelehnt haben – eben als Protest gegen das Nein zur Aufstockung.

Der Kontrollausschuss sei eines der wichtigsten Gremien überhaupt, sagt FPÖ-Klubobfrau Dengg. Dagegen zu sein,

dass alle Fraktionen dort vertreten sind, sei unverständlich.

Dengg hätte als Vertreterin der stärksten Oppositionsfraktion selber gerne den Ausschussvorsitz übernommen, die Wahl zur Stellvertreterin lehnte sie ab. Ein Grund dafür sei auch der Umgang der neuen Stadtregierung mit Aufsichtsrats-Neubesetzungen bei den städtischen Beteiligungen: Teilweise würden hier noch vor Ende der laufenden Funktionsperiode die Vorsitzenden ausgetauscht, von „Entpolitisierung“ könne ohnehin keine Rede sein.

Onay: „Binde alle Klubs ein“

Der Ausschussvorsitzende Mesut Onay weist die Kritik an seiner Person klar zurück: Er habe bereits in der Vorperiode drei Jahre lang den Kontrollausschuss geführt und bewiesen, dass es ihm „ganz stark um Transparenz und Aufarbeitung geht“, ebenso um die Einbindung aller Fraktionen. „Ich sehe meine Aufgabe nun darin, dass alle Klubs, auch

jene, die nicht im Ausschuss vertreten sind, die gleichen Informationen erhalten und kritische Fragen einbringen können.“ Genau das werde auch der erste Tagesordnungspunkt im Kontrollausschuss sein.

Auch BM Johannes Anzengruber kann die Oppositionskritik nicht nachvollziehen: Seine Liste „JA“ habe als „klares Entgegenkommen und Einladung zur Zusammenarbeit“ an kleinere Listen Sitze in mehreren Ausschüssen abgetreten – im Kontrollausschuss (sowie im Kulturausschuss) eben an ALi, im Bildungsausschuss an die Liste Fritz, im Sozial- und Wohnausschuss an die KPÖ.

Sozusagen zur „Kontrolle der Kontrolle“ habe man zuerst der FPÖ und danach TURSKY die stellvertretende Obmannschaft im Kontrollausschuss angeboten, was beide abgelehnt hätten. Für Anzengruber ist es jedenfalls „keine Frage, dass der Ausschuss seiner Aufgabe zu 100% nachkommen wird“. (md)

Ungewisses Schicksal für 250 offene Anträge

Innsbruck – Aus der vorigen Funktionsperiode des Innsbrucker Gemeinderates sind rund 250 (!) Anträge übrig, die zwar positiv abgestimmt, aber nicht behandelt wurden – inhaltlich also noch offen sind.

In der jüngsten Sitzung des – neuen – Gemeinderates wurde (gegen die Stimmen der KPÖ) beschlossen, diese Anträge prinzipiell nicht weiterzubehandeln. Allerdings kann jede Fraktion bis zum Juli-Gemeinderat bekannt geben, welche Anträge in die neue Periode „mitgenommen“ werden sol-

len. Ob das dann auch geschieht, entscheidet allerdings wieder der Gemeinderat.

Die Anträge fallen zu lassen, wäre eine „gigantische Verschwendung von Zeit, Ressourcen, Wissen, Ideen“, sagt GR Tom Mayer (Liste Fritz). Sollte die Weiterbehandlung seiner Anträge abgelehnt werden, werde er sie neu einbringen. „Das ist kein Umgang mit dem höchsten Gremium der Stadt“, meinte Mesut Onay (ALi). Beide sehen Ex-Bürgermeister Georg Willi (Grüne) als Hauptverantwortlichen. (md)



Wie geht der neue Innsbrucker Gemeinderat mit erheblichen „Altlasten“ in Form unbehandelter Anträge aus der vorigen Periode um? Darüber wird in der Juli-Sitzung entschieden – und zwar von Fall zu Fall. Foto: Liebi/TT

Seefeld soll leistungsfähig werden

Neben dem neuen Seefelder Luxus-Resort für 750 Gäste soll auch leistungsfähiger Wohnraum für Einheimische entstehen. Liste-Fritz-LA Markus Sint befürchtet den Ausverkauf der Heimat.

Leistungsfähiges Wohnen in Seefeld: Dieser (scheinbare oder tatsächliche) Widerspruch soll nun im Zuge der Errichtung des „Seefeld Village“ aufgelöst werden. Wie berichtet investiert eine niederländische Investoren-gesellschaft 70 Millionen Euro in die Errichtung eines Luxus-Urlaubsresorts mit 135 Wohneinheiten von 60 bis 120 Quadratmetern. In direkter Nachbarschaft dazu hat die Gemeinde Baugrund für Einheimische reserviert: „Hier entstehen 20 Einfamilienhäuser auf jeweils rund 400 Quadratmeter Fläche“, berichtet BM Andrea Neuner anlässlich des Spatenstichs für das Mega-Projekt an der Leutascherstraße.



LA Sint sieht Gefahr für heimische Touristiker

Nähere Details dazu will sie bei der Gemeinderatssitzung kommenden Donnerstag erläutern. Die Einfamilienhäuser sind aber nur ein Teilaspekt: Denn auch die WE als gemeinnütziger Wohnbauträger ist eingebunden und will am Standort zwei größere Projekte realisieren. Bei der WE heißt es dazu, die Projektentwicklung sei im Gange.

Für leistungsfähiges Wohnen ist ebenfalls Fläche vorgesehen, betont Seefelds BM Andrea Neuner.

Was das Investorenmodell betrifft, so ist Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint mehr als skeptisch: „Was da im Endausbau über Seefeld hereinbrechen soll, kommt den biblischen Plagen gleich. Da entsteht ein konzerngesteuertes Monsterprojekt, ein Investorenmodell mit angehängtem Mini-Campingplatz. Die frühere Seefelder Gemein-

deführung und die Landesregierung haben hier einem Investorenkonzern aus Holland den roten Teppich ausgerollt.“

Das 485-Betten-„Monsterprojekt“ werde dem familiengeführten Seefelder Tourismus schwer zusetzen, was Mitarbeiter und Gäste betrifft: „Wenn Mitarbeiter im Tourismus überall Mangelware sind, dann werden sie

für dieses Riesenprojekt von anderen Tourismusbetrieben abgeworben und fehlen dann dort. Die familiengeführten Betriebe werden gegen den Großkonzern nicht mithalten können.“

Die Bürgermeisterin werde nach Fertigstellung intensiv kontrollieren müssen, ob hier nicht illegale Freizeitwohnsitze entstanden sind.

Philipp Neuner

Erinnern heißt immer auch diskutieren

Von Alexandra Plank

Die Gemeinden im Westlichen Mittelgebirge verlegen im Juli auch „Stolpersteine“. Das sind Messingtafeln auf Pflastersteinen, die an NS-Opfer erinnern und in die Straße eingearbeitet werden.

In Innsbruck hat man sich schon vor Jahren gegen dieses Kunstprojekt entschieden, das als größtes dezentrales Mahnmal der Welt gilt. Die Liste Fritz will nun im Innsbrucker Gemeinderat neuerlich einen Antrag einbringen, damit auch in der Landeshauptstadt „Stolpersteine“ verlegt werden dürfen. Schon seit 2020 gibt es eine Privatinitiative, dieser wurde das Einsetzen eines „Stolpersteines“ im Sagen untersagt. Das kleine Denkmal sollte an den Juden Alfred Graubart erinnern. Während die Liste Fritz die Meinung vertritt, man müsse sich auf vielfältige Weise erinnern dürfen, hat sich die Stadt Innsbruck im Zuge

eines Prozesses unter Einbindung der Israelitischen Kultusgemeinde für Tirol und Vorarlberg für das Projekt „Zeitpunkte“ entschieden. Das Vorarlberger Büro Proxi Design ging beim geladenen Wettbewerb als Sieger hervor. In der Nähe des letzten freiwillig gewählten Wohnortes der Opfer wurden an Masten Bronzescheiben „auf Augenhöhe“ mit den Namen der Opfer angebracht.

Eine zweite Scheibe ist mit einem QR-Code versehen. Er führt zur Homepage, wo Infos zu Biografien und Standorten mehrsprachig abgerufen werden können. Die Landeshauptstadt hat viel Zeit und Geld in die Zeitpunkte investiert, statt ein Projekt zu übernehmen, das sich bewährt hat. Für beide Formen des Erinnerns gibt es Fürsprecher und Gegner. Das ist gut so. Erinnern heißt, sich mit den Gräueln des Nationalsozialismus auf unterschiedliche Art auseinanderzusetzen.

Eine Lösung wird man auch für das Landhaus finden müssen. Dort hatte man das Siegerprojekt von Franz Wassermann mit der Parole „Wir haften für unsere Geschichte“ übergangen. LH Anton Mattele war diese zu wenig verbindend. Doch um manche Auseinandersetzungen kann man sich nicht herumschwindeln.



Lesen Sie dazu mehr
auf Seite 19

alexandra.plank@tt.com

Liste Fritz unterstützt Anliegen des Milser Bürgermeisters

13. Juni 2024, 11:39 Uhr



Liste Fritz-Bezirkssprecherin Adelinde Blümel und Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint beim Lokalaugenschein mit Bürgermeister Bernhard Schöpf. Foto: Liste Fritz hochgeladen von Agnes Dorn

MILS BEI IMST. Der zweigleisige Bahnausbau im Tiroler Oberland sorgt aufgrund möglicher Trassenführungen bereits im Vorfeld für Kritik: In Mils bei Imst wird eine mögliche Trassenvariante heftig diskutiert. Wie **Bürgermeister Bernhard Schöpf** bei einem Lokalaugenschein mit der Liste Fritz erläutert, soll der zweigleisige Bahnausbau nämlich nicht auf der bestehenden Zugtrasse südlich des Inns erfolgen. Sondern die **neue zweispurige Zugtrasse** soll über den Inn mitten durch einen geschützten Landschaftsteil, mitten durch landwirtschaftlich genutzte grüne Wiesen und das Dorf führen.

„Diese Zugtrasse wäre ein Supergau für die Bürger in Mils, für die Landwirtschaft und für den Naturschutz. Wie die ÖBB eine solche Zugtrasse auch nur andeuten können, ist uns schleierhaft. Aber es ist auch befremdlich, warum die schwarz-rote Landesregierung dazu nicht umgehend und klar Nein sagt. Wir haben uns vor Ort ein Bild gemacht und unterstützen ÖVP-Bürgermeister Bernhard Schöpf sowie die Grundeigentümer gegen diesen Naturfrevel voll und ganz!“, stellen Liste Fritz-Bezirkssprecherin **Adelinde Blümel** und Liste Fritz-Klubobmann **Markus Sint** nach dem Lokalaugenschein mit Bürgermeister Schöpf klar.

Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint kritisiert auch die Art und Weise, wie dieses Projekt zweispuriger Bahnausbau Oberland bisher abgeführt wird. „Da geht es eigentlich um eine vernünftige Sache. Wir als Liste Fritz und auch der Bürgermeister von Mils sind für den zweispurigen Bahnausbau. Aber es geht nicht, dass die ÖBB die betroffenen Gemeinden und die Bevölkerung nicht miteinbeziehen und einfach über ihre Köpfe hinweg eine Zugtrasse in einen landschaftlich geschützten Naherholungsraum, mitten durch grüne Wiesen planen und damit ein Dorf durchschneiden. Schluss mit dieser Drüberfahrerpolitik! Auch der zuständige SPÖ-Umweltlandesrat Rene Zumtobel und die schwarz-rote Landesregierung müssen Farbe bekennen.“

„Wo ist bei den ÖBB die angekündigte ergebnisoffene Suche nach Lösungen für den Ausbau zwischen Ötztal und Landeck mit intensiver Einbindung und Information der Öffentlichkeit? Mattle, Zumtobel & Co. müssen die Notbremse ziehen, bevor die Weichen falsch gestellt werden und der Bahnausbau am Abstellgleis landet. Für uns als Liste Fritz ist die bisherige Vorgangsweise jedenfalls inakzeptabel. Wir werden alle möglichen politischen Hebel in Bewegung setzen, um die kolportierte neue zweigleisige Trassenführung mitten durch die Innauen, die grünen Wiesen und mitten durch das Gemeindegebiet von Mils bei Imst zu stoppen!“, verspricht Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint.

„Stolpersteine“ auch in Innsbruck verlegen

Innsbruck – Andrea Haselwanter-Schneider, Gemeinderätin in Innsbruck (Liste Fritz), will erneut einen Antrag stellen, damit in Innsbruck „Stolpersteine“ verlegt werden können. Wie berichtet, haben sich Axams, Birgitz und Götzens zur Errich-

tung der kleinen Mahnmale für Nazi-Opfer entschieden. In Innsbruck werden indes Tafeln auf Masten befestigt, so genannte „Zeitpunkte“. Haselwanter-Schneider kritisiert, dass keine andere Art des Erinnerns geduldet wird: „Es ist ungeheuerlich, dass

private Initiatoren bei der Verlegung eines Stolpersteins in Innsbruck auf Widerstand gestoßen sind. Die ‚Stolpersteine‘ dürfen nicht am Kleinklein und stadtpolitischen Hickhack scheitern!“ 2020 wollte eine Gruppe um Harald Büchele von „Stolperstei-

ne für Innsbruck“ einen Stein für Alfred Graubart vor dem Haus Haydnplatz 8 verlegen. Er wurde beim November-Pogrom 1938 von SA-Männern niedergeschlagen. „Was in Axams geht, muss auch in Innsbruck erlaubt werden“, schließt die Politikerin. *(pla)*



PHILIPP NEUNER

Tiroler Politik kurz notiert

Die Sanierung der Luegbrücke zieht im Wipptal massive Verkehrsprobleme nach sich, wenn Staufflüchtlinge die Dörferrouten verstopfen.



Verkehrs-LR René Zumtobel: Fahrverbote besser beschildern

Fotos: Christof Birbaumer

Landesräte ins Wipptal zitiert

Weitere Fahrverbote, um die Verkehrslawine einzudämmen, fordern die Bürgermeister des Wipptales. Mitgrund ist die Luegbrücke. Politische Bauarbeiten sind in Innsbruck im Gang.

Schwerste Umbaumaßnahmen sind wie berichtet im Innsbrucker Rathaus im Gang. Und zwar nicht nur personell, wo ganze Aufsichtsräte ausgetauscht worden sind, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, ob sie kompetent und in die Themen eingearbeitet waren.

Gehämmert, genagelt und geschraubt wird seit Wochen auch im Büro von Bürgermeister **Johannes Anzengruber** – sogar während einer Stadtsenatssitzung.

Die Liste-Fritz-Gemeinderäte **LA Andrea Haselwanger-Schneider** und **Tom Mayer** wollen nun wissen, was da genau vor sich geht, was gebaut wird, wie hoch das Budget dafür ist und aus welchem Topf das Geld kommt. Eine GR-Anfrage wurde bereits eingebracht.

Umgebaut werden muss auch die Innsbrucker ÖVP. Denn **Florian Tursky**, einstiger Bürgermeisterkandidat des Neuen Innsbruck (DNI), hat sich aus der Politik zurückgezogen, ist aber immer noch Stadtparteiobmann. Konstituierende Sit-



Vor einem Monat schied Florian Tursky aus der Politik aus

zung hat zwar seit Herbst 2023 keine stattgefunden, aber das ist bei dem desaströsen Zustand, in dem sich die Partei befindet, wahrscheinlich auch schon egal.

Tursky hatte im Mai angekündigt, bis Herbst eine Neustrukturierung der Partei aufgleisen zu wollen inklusive neuem Stadtparteiobmann. Doch Kandidat drängte sich bis dato keiner auf. Hier wird wohl auch der neue Landesgeschäftsführer der ÖVP, **Florian Klotz**, gefordert sein. Dieser ist allerdings auch Bürgermeister

von Holzgau und braucht schon einmal knapp zwei Stunden, bis er nach Innsbruck gereist ist. Ob er auf diese Weise das Machtvakuum füllen kann, das in der Innsbrucker ÖVP entstanden ist, sei dahingestellt.

Tursky hat übrigens exakt am selben Tag, an dem er seine Funktionen ruhend gestellt hat, ein Unternehmen ins Firmenbuch eintragen lassen: Die „ftm technology management“ GmbH, eine Management- und Digitalisierungsberatung, wie er im „Krone“-Gespräch erläut-

tert: „Ich bin derzeit hauptsächlich im Dach-Raum (Anm.: Deutschland, Österreich, Schweiz) unterwegs“, berichtet der frühere Digitalisierungsstaatssekretär. Vermisst er die Politik? Lächelnd meint er: „Jeder weiß, dass ich ein zutiefst politischer Mensch bin.“

LHStv. **Georg Dornauer** und Verkehrs-Landesrat **René Zumtobel** trafen gestern mit den Wipptaler Bürgermeistern zusammen. Grund ist der überbordende Ausweichverkehr von der Brennerautobahn. 10.000 Kfz in Matriei wurden zu Spitzenzeiten gezählt, dreimal so viele wie an gewöhnlichen Tagen. Die Bürgermeister wollen, dass nun alle Register gezogen werden – auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Ein ganzer Forderungskatalog wurde zusammengestellt. Kernpunkt sind gut ausgeschilderte Abfahrtsverbote von der Brennerautobahn. „Tirol nutzt alle rechtlich möglichen Schritte, um die Bevölkerung zu schützen“, betonen Dornauer und Zumtobel.

Foto: Johanna Birbaumer

Fokus auf Speicherkapazitäten

Erweiterung Kaunertal: Auf Wasser aus dem Ötztal wird (vorerst) verzichtet

Die Ableitung von Wasser aus dem Ötztal für das Projekt Kaunertal stößt auf großen Widerstand. Die Tiwag hat nun beschlossen, das Projekt in zwei Teile zu trennen. Der Fokus liegt auf dem neuen Pumpspeicherkraftwerk Versetz mit dem Speicher Platzertal. Die Ausleitungen aus dem Ötztal, das Unterstufenkraftwerk Prutz 2 und das Kraftwerk Imst 2 verbleiben in der UVE.

Von Martin Grüneis

Die Tiwag hat sich dazu entschlossen, das Projekt Kaunertal in zwei Projektteile zu trennen, „und den Schwerpunkt auf neue Speicherkapazitäten und die Bereitstellung von flexibler Energie zu legen.“ Die Produktion von Energie aus Photovoltaik und Windkraft steigt kontinuierlich. Um die Phasen mit wenig Sonne und Wind zu überbrücken, würden die Speicherung von Energie und hohe Flexibilität immer wichtiger werden. Zudem ist das Bewilligungsverfahren für das Ausleitungskraftwerk Innstufe Imst-Haiming, das sich in der zweiten Instanz beim Bundesverwaltungsgericht (BvVG) befindet, derzeit mit einer Verschärfung der gewässerökologischen Rahmenbedingungen konfrontiert. „Um die neuen Erkenntnisse aus dem Projekt Imst-Haiming umweltverträglich umsetzen zu können, benötigen wir Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen“, sagt Tiwag-Vorstandsdirektor Alexander Speckle.

PUMPSPEICHERKRAFTWERK VERSETZ HAT NUN PRIORITÄT.

„Wir konzentrieren uns im weiteren Bewilligungsverfahren und in der Umsetzung daher darauf, was es vorrangig für die österreichische und europäische Energiewende braucht und trennen die Erweiterung Kaunertal in zwei Projektteile“, so Speckle weiter. Herzstück des ersten Projektteils ist das neue Pumpspeicherkraftwerk Versetz mit dem Speicher Platzertal. „Damit können wir erneuerbare Energie speichern und schaffen zudem dringend notwendige Speicherkapazitäten und Flexibilitäten für den nationalen wie internationalen Ausbau von Wind- und Sonnenenergie innerhalb des europäischen Verbundsystems.“ Hierfür werden die vorhandenen Wasserressourcen am Gepatschspeicher und im Einzugsgebiet des Platzertals genutzt. Wasserableitungen aus dem Ötztal seien dafür vorab nicht notwendig. Im laufenden UVP-Verfahren strebt die Tiwag einen rechtskräftigen Teilbescheid zur Umsetzung des Pumpspeicherkraftwerks

Versetz mit dem Speicher Platzertal an. Der rechtskräftige Bescheid soll in fünf Jahren vorliegen. Danach geht Speckle von einer rund sechsjährigen Bauzeit zwischen 2029 und 2034 aus. Der zweite Projektteil, der unter anderem das Unterstufenkraftwerk Prutz 2 und das Kraftwerk Imst 2 sowie die Ableitungen aus dem Ötztal beinhaltet, bleibt im UVE-Verfahren. „Die weiteren Planungsschritte für den zweiten Projektteil werden wir aber erst vornehmen, wenn die Überprüfung der Rahmenbedingungen abgeschlossen ist, die finale Entscheidung zu Imst-Haiming vorliegt und somit die gewässerökologischen Vorgaben klar sind.“ „Ich halte die Entscheidung des Landeshauptmannes, das Ötztaler Wasser nicht überzuleiten, für absolut richtig“, so Jakob Wolf, VP-Klubobmann und Bürgermeister von Umhausen: „Die Ötztaler sind – das habe ich stets betont – nicht grundsätzlich gegen die Nutzung der Wasserkraft, das zeigt das Kraftwerk Tumpen-Habichen. Aber die Ötztaler sind gegen diese massive Ableitung des Ötztaler Wassers. Ich rate dazu, mit den Verantwortlichen im Tal in einen ehrlichen Dialog einzutreten, um gemeinsam zu erarbeiten, wie man das Ötztaler Wasser so nutzt, dass auch die Bevölkerung überwiegend dahintersteht. Nur so kann es gehen, nur so wird man auch erfolgreich sein. Die Entscheidung des Landeshauptmannes – auch wenn sie der Tiwag nicht gefallen mag – ermöglicht jetzt den Start eines ehrlichen, offenen Dialogs über die bestmögliche Nutzung des Wassers im Ötztal.“

KRITIK. Die Grünen begrüßen das Aus für die Überleitung von Venter und Gurgler Ache. „Wir Grüne waren immer gegen die Überleitung der Ötztaler Bäche. Jahrelang hat man uns erklärt, dass das völlig undenkbar sei“, berichtet Grünen-Klubobmann Gebi Mair. „Für den bestehenden Gepatschspeicher ist die Ergänzung mit einer kleineren Anlage als Pumpspeicher sinnvoll. Dann kann diese Anlage aber völlig neu dimensioniert werden und damit auch ein neuer Standort abseits des Platzertals gesucht werden“, sieht Gebi Mair die Suche nach einem geeigneteren Speicherstandort als dringend notwendigen Schritt B. „Der Widerstand gegen die unnötigen Wasserableitungen aus dem Ötztal hat sich ausgezahlt“,

bedankt sich Mair auch bei den vielen Aktiven. Für die Liste Fritz ändert sich mit dem Aus für die Wasserableitungen nichts an der grundsätzlichen Ablehnung des Kraftwerkes Kaunertal. Es sei weiterhin überdimensioniert und ein umweltschädlicher Super-Gau. „Anstatt diese wertvollen Naturflächen und wahren Schatzkammern der Artenvielfalt für kommende Generationen zu schützen, wollen Mattle, Dornauer und Co. diesen unberührten Naturraum für die erhoffte Gewinnmaximierung der Tiwag opfern. Das ist eine umweltschädliche Sünde, die noch dazu mehr als zwei Milliarden Euro kosten soll“, so Sint. Ein solches Mega-Pumpspeicherkraftwerk, wie es im Kaunertal geplant ist, brauche es nicht für die Stromversorgung der Tiroler und auch nicht für die Energiewende, denn ein solches Pumpspeicherkraftwerk sei frühestens in 20 Jahren betriebsbereit, die Energiewende braucht es aber jetzt. Außerdem könne eine Energiewende nicht funktionieren, indem Hochtäler zubetoniert



Photo: Dr. Alexander Sant

Die Erweiterung des Kraftwerksprojekts wird in zwei Projektteile getrennt. Der Fokus liegt auf dem neuen Pumpspeicherkraftwerk Versetz mit dem Speicher Platzertal. Die Wasserableitungen aus dem Ötztal, das Unterstufenkraftwerk Prutz 2 und das Kraftwerk Imst 2 bleiben in der UVE. Im Bild: der Gepatsch-Stausee.

und die Tiroler Naturlandschaft unwiederbringlich zerstört werde, ist der Klubobmann der Liste Fritz überzeugt. Das Votum der Söldner bei der Volksbefragung sei eine ordentliche „Watschen“ für Landeshauptmann Mattle und die Tiwag. Der Tiroler FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger nimmt die Kritik an der Erweiterung des Kraftwerkes Kaunertal zum Anlass, um darauf zu verweisen, dass „die Wasserkraft als Tirols Energiemotor ein wichtiges und hohes Gut ist, aber gewisse Projekte nicht gegen den Willen der Bevölkerung geplant werden dürfen.“ „Der Kampf um das Ötztaler Wasser hat sich nun gelohnt, und es zeigt sich, dass sich jahrelange Bemühungen auch lohnen.“

Front gegen Bahntrasse in Mils

Liste Fritz, NEOS und Grüne wollen keinen Ausbau auf Kosten der Natur

Die Liste Fritz, die Grünen und die Neos sind von den Plänen, den zweigleisigen Trassenbau durch Mils zu führen, ganz und gar nicht begeistert und stehen hinter Bürgermeister Schöpf.

Von Christoph Hablitzel

Der Klubobmann der Liste Fritz, Markus Sint, stattete dem Milsbürgermeister Bernhard Schöpf kürzlich einen Besuch ab und machte sich bei einem Lokalaugenschein ein Bild von der Lage bezüglich des geplanten Ausbaus der zweigleisigen Bahntrasse im Oberland. „Natürlich sind auch wir für einen zweigleisigen Bahnausbau im Oberland – aber nicht für eine Trasse, die durch Innauen und grüne Wiesen führt“, sagt Markus Sint bei der Begehung. „Ich lehne eine mögliche Zugtrasse mitten durch Mils bei Imst strikt ab“, so Klubobmann Sint weiter. In Mils



Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint, Liste Fritz-Bezirkssprecherin Adelinde Blümel und ÖVP-Bürgermeister Bernhard Schöpf beim Lokalaugenschein in den Milsler Innauen (v.l.).

Foto: Liste Fritz

Zugtrasse auch nur andeuten können, ist uns schleierhaft. Aber es ist auch befremdlich, warum die schwarz-rote Landesregierung dazu nicht umgehend und klar Nein sagt. Wir haben uns nun vor Ort ein Bild gemacht und unterstützen ÖVP-Bürgermeister Bernhard Schöpf sowie die Grundeigentümer gegen diesen Naturfrevel voll und ganz“, stellen Liste Fritz-Bezirkssprecherin Adelinde Blümel und Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint nach dem Lokalaugenschein mit Bürgermeister Schöpf klar.

NEOS. In die selbe Kerbe schlagen auch die Vertreter von den NEOS. Diese wollen die Pläne von früher, nämlich einen 3535 Meter langen Bahntunnel durch bzw. unter dem Gemeindegebiet von Imstberg zu bauen, realisieren. Der ehemalige Bürgermeister von Mils bei Imst Markus Moser erinnert: „Uns liegen Informationen vor, wonach die ÖBB bereits in den 1990er Jahren konkrete Pläne für den zweigleisigen Ausbau erstellten und dafür einen Tunnel auf der KG Imstberg mit einer Länge von 3535 Meter errichten wollten. Für den gegenständlichen Streckenabschnitt wurde damals kein Lärmkataster erstellt,

weil eben die Verlegung des Bahngleises in den Tunnel konkret beabsichtigt war.“ Diese Informationen erhielt er vor einigen Jahren vom zuständigen Amt der Tiroler Landesregierung als Bürgermeister von Mils bei Imst, als er damals um Unterstützung für die Finanzierung einer Lärmschutzwand ansuchte. Der Verkehrssprecher der NEOS, NR Johannes Margreiter, wird in dieser Causa auch eine Anfrage an die grüne Bundesministerin Leonore Gewessler richten. „Die ÖBB sind in der Zuständigkeit des Bundes und ich erwarte mir von ihr ein klares Bekenntnis zum Schutz der Natur in Mils bei Imst. In Zeiten, in denen wir über ein Renaturierungsgesetz verhandeln, sollte es selbstverständlich sein, dass der geschützte Landschaftsraum „Milsler Au“ unangetastet bleibt“, gibt Margreiter seinen Parteikollegen in Tirol Schützenhilfe.

GRÜNE. Ebenso erheben die Grünen ihre Stimme: „Der Ausbau der Bahn ins Oberland zur Erhöhung der Kapazität und Beschleunigung ist für Pendlerinnen und Pendler im Oberland enorm wichtig. Auch ganz Voralberg wird davon profitieren. Daher ist es gut, dass

verschiedene Varianten zum Ausbau von den ÖBB geprüft werden. Für uns Grüne ist klar, dass konkrete Projekte natürlich auch dem Naturschutz vor Ort Genüge tun müssen. Das bedeutet aus unserer Sicht auch den Erhalt von geschützten Landschaftsteilen wie es die Milsler Au ist. Ich bin überzeugt, dass die ÖBB die Möglichkeit haben, eine Variante zu planen bei der der Naturschutz vor Ort auch möglich ist. Wesentlich ist jedenfalls, dass es Transparenz für die Bevölkerung gibt.“, sagt Dorothea Schunnacher, Bezirkssprecherin der Grünen. Wesentlich sei, dass es Transparenz für die Bevölkerung gibt.